

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 236

Hauptschriftleiter: Dr. Goerdt, Leipzig

Freitag, den 10. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Sieg Lloyd Georges über Asquith

Neuer englischer Flottenangriff auf Ostende abgewiesen

wib. Berlin, 10. Mai. (Amtlich.) Englische Seestreitkräfte unternahmen am 10. Mai, 3 Uhr morgens, nach heftiger Beschließung erneut einen Sperrangriff gegen Ostende. Mehrere feindliche Schiffe, die unter dem Schutz künstlichen Nebels in den Hafen eindringen wollten, wurden durch das vorstreichlich geleitete Feuer unserer Küstenbatterien abgewiesen. Ein alter Kreuzer liegt gänzlich zerstossen außerhalb des Fahrwassers vor dem Hafen auf dem Grund.

Die Einfahrt ist völlig unbehindert. An Bord des gestrandeten Schiffes wurden nur noch Tote vorgefunden. Zwei Überlebende waren über Bord gesprungen und sind gefangen. Nach bisherigen Erkundungen wurden mindestens zwei feindliche Motorboote abgeschossen, ein Monitor schwer beschädigt. Der Sperrverlust ist somit völlig vereitelt. Abermals hat der Gegner Menschenleben und Fahrzeuge umsonst geopfert.

wib. Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitäneutnants von Glasenapp stehende U-Boot hat in diesem Sturm bewachten Irischen See und deren Zuflüsse mit bestem Erfolg geortet und dem Transportverkehr unserer Feinde nenernd empfindlichen Abbruch gelan. Durch umstürzige, energische Führung und kühnen Einsatz des Bootes gelang es dem Kommandanten, sieben Dampfer — zum Teil aus gesicherten Geleitzügen heraus — und drei Segelschiffe mit zusammen über sechszwanzigtausend Br.-Reg.-Tz.

zu versenken. Wertvolles Kriegsmaterial des Feindes und für die Kriegsführung wichtige Rohstoffe — Kupfererz, Eisen, Kohlen, Kork u. a. — wurden mit den Ladungen der Schiffe verloren. In einzelnen wurden folgende namentliche Feststellungen gemacht: Der bewaffnete englische Dampfer "Landonia" (2504 Br.-Reg.-Tz.), Ladung 3500 Tz. Eisen nach Glasgow, der Geschäftsführer des Dampfers gefangen eingezogen, Baron Herries (1810 Br.-Reg.-Tz.), Ladung 1600 Tz. Kupfererz, 2000 Ballen Kork nach Glasgow, der Zweite Offizier des Dampfers

gefangen eingezogen, ferner der englische Dampfer "Katuna" (4641 Br.-Reg.-Tz.) und der englische Rauchschoner "Esel" mit Kohlenladung. Der Chef des Admirallabes der Marine.

Der deutsche Heeresbericht

Amtlich. Grotes Hauptquartier, 10. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz

An den Kampffronten war die Artilleriefähigkeit tagsüber nur im Gebiet des Rheins, beiderseits des Lucca-Baches und auf dem Gelände der Arme de l'Est. Starke Feuerleistung in diesen Abschnitten folgten feindliche Vorräte. Bei ihrer Abwehr und bei reicher Erkundungsfähigkeit machten wir Fortschritte. Am Abend und während der Nacht lebte der Artilleriekampf zwischen Bier und Oise vielfach auf.

An der übrigen Front blieb die Geschäftsfähigkeit auf Erkundungskämpfe beschränkt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff. (W.T.B.)

wib. Wien, 10. Mai. Amtlich wird mitgeteilt:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Guatema's Kriegserklärung

○ Berlin, 10. Mai. (Druckschriftleitung.) Guatema hat uns den Krieg erklärt. Diese Maßnahme ist offenbar unter dem Druck der Verhängnisvollen Erfolge der Regierung in Frankreich. Bei den wirtschaftlichen Interessen, die uns mit Guatema verbinden, ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen sehr bedauerlich, jedoch dürfen wir hoffen, daß nach dem Kriege die wirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft werden.

Heeresstärke zugemessen habe, während Maurice sagte, sie sei vertragter.

Viele Jahre, die ich mitteile, stammten aus offiziellen Dokumenten des Kriegsministeriums.

Falls diese unrichtig wären, so würde Maurice selbst dafür die Verantwortung getragen haben. Aber wie sich aus einer Untersuchung ergeben hat, waren die Informationen vollkommen zutreffend, und ich verstehe deshalb nicht, was Maurice eigentlich meint. Immerhin war die Heeresstärke 1918 viel größer als 1917. Nicht nur war der Bestand unserer Heere auf allen Fronten um diese Zeit viel größer als Anfang 1917, sondern die Stärke unseres Heeres in Frankreich war verhältnismäßig mehr gestiegen als die Durchschnittsstärke auf allen anderen Fronten. Wenn Maurice von Geschichtsschule redet, verfügt er offenbar einen Unterschied zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu machen. Dieser Unterschied aber kann ich nicht abgrenzen. Ich kann aber eine von Maurice's Stellungnahme unterschriebene Note vorlegen, auch ein Dokument, das nun Lage nach meiner Rede des Bureau der militärischen Operationen des Generalstabes, worin Maurice bekanntlich Direktor war, verlassen hat. Diese Note lautet: Aus der befragten Erklärung ergibt sich, daß die Geschichtskraft der britischen Armee am 1. Januar 1918 größer war als am 1. Januar 1917.

Ich komme jetzt zu Maurice's Erklärung über meinen Vergleich zwischen der Stärke der Streitkräfte der Alliierten und der Streitkräfte des Feindes.

Sämtliche Jäger, die ich genannt habe, röhren vom Maurice selbst her. Die Mitteilungen über die Divisionen in Mesopotamien und Ägypten sind im Kriegshabitu vorgelegt worden in der Anwesenheit von Maurice, der sie aber nicht verdeckt.

Über die Ausdehnung der Front sagte Lloyd George, es sei nur wahre daß Maurice damals in Versailles anwesend war, aber die Ausdehnung der Front ist als Ergebnis der Versailler Konferenz übernommen. Es ist kein Wort wahr von der Behauptung, daß die Front der Armees des Generals Gough ausgedehnt worden ist auf Kosten des Robinstons und gegen die Einwanderungen von Haig und Robertson. Man hat diese Ausdehnung geschlossen, um Männer für den Krieg in Frankreich und England der Fronten einzuladen zu können. Das war eine Maßnahme von sehr großer Wichtigkeit. Das Robinstone hat im Prinzip die Ausdehnung angenommen, aber der Termin, an dem das geschehen sollte, wurde zwei Oberbefehlshabern überlassen. Die Übernahme eines weiteren Teiles der Front durch uns war zum erstenmal zur Sprache gekommen auf einer Konferenz in Boulogne, und zwar gerade auf Anregung des französischen Vertreters. Dann kam

der Zwischenfall von Cambrai und die italienische Niederlage, wodurch wir geschlagen waren. Truppen aus Frankreich nach Italien zu entsenden, wodurch die Ausdehnung unserer Front im Augenblick erlaubt war. Endlich schlug Clemenceau vor, die Angelegenheit durch militärische Autoritäten untersuchen zu lassen, und falls Meinungsverschiedenheiten beständen, den Kriegsrat von Versailles darüber entscheiden zu lassen. Die militärischen Vertreter haben zu einem Vergleich zwischen den englischen und französischen Aufstellung geraten und ihr Urteil dahin abgegeben, daß über die fragliche Angelegenheit auf einer Konferenz des Kriegsrats in Versailles am 1. Februar entschieden werden sollte. Davor jedoch diese Zusammenkunft stattfand, hatten Haig und Pétain Beratungen geslossen und vereinbart, daß die Ausdehnung der englischen Front bis Bourges fortsetzen sollte. Bis zu einer weiteren Ausdehnung der Linie ist es aber nicht gekommen. Das wichtigste und der Kern der ganzen Sache in der Diskussion über die Ausdehnung der Front bildete die Einheit des Kommandos, und ich freue mich jeden zu manen, daß diese Einheit durch uns beschlossen wurde.

(Fortschreibung siehe Seite 2.)

Nochmals Regierung und Reichstag

Berlin, 10. Mai. (Druckschriftleitung.) Nachdem gestern schon der "Vorwärts" geschrieben hatte, Herr von Payer möchte nachdrücklich beobachten, ob sein Verbleiben im Amt nicht am Ende mehr Schade als Nutzen bringt, das war die Meinung. Dinge werden besser, die er eigentlich nicht bedenken dürfte, vorzusehen der heutige "Vorwärts" hält und knapp, daß die Regierung Hertling-Payer-Friedberg auf das Vertrauen der Sozialdemokratie nicht mehr zu rechnen habe. Vorlich heißt es da: „Was insbesondere die Sozialdemokratie betrifft, so hat sie die West-Viertler Verträge und die gesamte Ostpolitik von Anfang an bekämpft. Sie bekämpft jetzt die Steuerverlagerungen im Reiche, das Sicherungskompromiß (in der Wohlfahrtsfrage) und die dann hinzutretende Regierungspolitik in Preußen.“ In politischen Kreisen nimmt man viertel an, daß Erzberger's Postkarte einstweilen gescheitert sei. Da der Angriff endgültig abgeschlagen ist und die Regierung Hertling-Payer-Friedberg auf die Dauer davon verzerrt bleibt, wird, wie man meint, nicht zuletzt von dem Maße der Entscheidlichkeit abhängen, mit der die Staatsregierung in ihrer für die nächste Woche zu erwartenden Erklärung über die Wahlrechtsfrage und die spätere Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses auftritt.

E. E. Soweit die Herren von Reichenberg und Erzberger etwa Minen zu legen beabsichtigen, um die augenblickliche Reichsleitung in die Lüft zu sprengen, und sowohl die Sozialdemokratie dieses Verbrechen zu unterstützen und auf die preußische Regierung auszuhören, sucht, lehnen wir ihre Politik mit Entschiedenheit ab. Wir haben uns schon neulich, im Zusammenhang mit der Wahlreform, sehr bestimmt gegen diese Lösung gewendet. Wir hatten damals freilich nur die Wünsche der Rechten im Auge, die mit Hilfe eines Regierungswechsels um eine wirkliche Lösung des Problems herumzukommen hofften. Aber dasselbe, was wir noch dieser Seite hin geltend machen, gilt selbstverständlich auch gegenüber der anderen Seite. Die Wahlreform muß kommen, sie muß bald kommen, sie muß nötigenfalls mit den äußersten Mitteln durchgesetzt werden, aber kein Mittel ist so gefährlich, wie eine Regierungskritik es jetzt wäre. Dass eine solche Kritik die Aussichten der Wahlreform wahrscheinlich keineswegs verbessern würde, könnte sich die Sozialdemokratie selber sagen. Wir wünschen aber auch aus äußerpolitischer Gründen keinen Regierungswchsel, denn es würde dadurch auch auf diesem Gebiet in unserem Sinne nicht besser, sondern weniger gut werden, als es ist.

Damit ist nun aber nicht gefagt, daß die Parteien, auf die sich die Regierung bisher stützte, an ihr keine Kritik über dürfen. Auch eine parlamentarische Regierung ist nicht der gelegentlichen Gegenwirkung der eigenen Parteien entzogen und etwa für diese Parteien unantastbar. Es wäre sehr bedauerlich, wenn einer solchen irgendwie mit einigen Parteien enger zusammenhängenden Regierung abweichende Meinungen nur immer von den anderen Parteien ausgedrückt werden dürften, oder wenn nur diese anderen Parteien das Recht hätten, ihren jährlichen Überzeugungen entgegen der Regierung Geltung zu verschaffen. Gewiß war der Sinn der Novembervorgänge der, daß eine Regierung zum Teil aus den Parteien heraus geschaffen wurde, die deren Vertrauen befahl und so das Land bis zum Friedensschluß vor weiteren Krisen bewahren sollte. Aber dieses Abkommen kann nicht bedeuten, daß jene Parteien, aus denen die betreffenden Mitglieder der Regierung hervorgegangen sind, nur einfach Ja und Amen sagten zu allem, was die Regierung tut. Das könnte doch dazu führen, daß um der inneren Ruhe willen z. B. jede äußerpolitische Gestaltung unserer Zukunft hingenommen werden müßte, und das würde bedeuten, die Bedürfnisse der kommenden Friedenszeit allzuwenig den gegenwärtigen Kriegsnotwendigkeiten unterzuordnen. Schließlich kämpfen wir doch eben um einen guten, das heißt vor allem dauerhaften Frieden, und wer die Friedenspolitik, die die Regierung im Osten, abgesehen von Rumänien, getrieben hat, in diesem Sinne nicht sehr gut hält, darf nicht davon zurücktreten, das auszusprechen und vor der Wiederholung ähnlicher Fehler zu warnen. Das braucht noch keine Kritiklust einzuschleichen.

Bei den Links-Vorträgen und bei einem Teile des Zentrums hatte die zweite Rede des Herrn von Payer weniger Anklang gefunden als die erste. Auch uns hat sie wenigerpersönlich als die vorhergehende, der wir im ganzen zustimmen konnten. Wir sind begeistert, weil durchaus nicht der gleichen Meinung wie der schwere-industrielle "Lokalanzeiger", der nach der zweiten Rede des Herrn von Payer schreibt: „Allmählich kann man anfangen, sich mit der Parlamentarisierung unserer Reichsregierung, wie sie die Novemberereignisse des vorigen Jahres dem deutschen Volke gebracht haben, vielleicht doch etwas zu befremden. Die Rede, die der ehemalige Führer der Fortschrittlichen Volkspartei und jetzige Vizekanzler Dr. von Payer gestern im Hauptausschuß des Reichstages über die Ostfragen gehalten hat, konnte ebensoviel von jedem Berufsdiplomaten gehalten werden...“ Als ein Mann des Verständigungsfriedens ist er vom Reichstag für den Posten des Vizekanzlers präsentiert worden, und nun vertheidigt er aus vollem Überzeugung diejenige Lösung der Ostfragen, die auch von den Anhängern der Minderheitsparteien des Reichstages im großen und ganzen als annehmbar empfunden wird.“ — Wir halten es nicht gerade für eine Schmeichel für Herrn von Payer, daß seine Rede, ebensoviel von jedem Berufsdiplomaten gehalten werden konnte; dazu hätte Herr von Payer schließlich nicht in die Regierung berufen zu werden brauchen. Wir halten es auch nicht gerade für ein gutes Zeichen, wenn dieses Blatt einen Staatsmann in solcher Weise seines Beifalls versichert.

Hertling und Erzberger

Ein Briefwechsel.

Wie bekannt, laufen seit längerer Zeit Gerüchte um über ein Vertrags zwischen dem Reichskanzler und seinem Vorfahren Erzberger. Es hieß, der Reichskanzler empfange den

wib. George, den 9. Mai. (Amtlich.) Ich habe gestern eine Erklärung vorbereitet, in der ich die Dienstvorschriften begegne und seine ganze militärische Zukunft gefährde. Es widersprach der Anregung einer Untersuchung durch zwei Richter und gab der Meinung Ausdruck, daß ein Schiedsgerichtsausschuss von sonst Abgeordneten wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen zu einer Entscheidung gelangen könnte.

Nach Asquith ergriß Lloyd George das Wort und erklärte, von London aus Empfangen. Maurice habe, nachdem er noch seinen Posten, den er zwei Jahre lang bekleidet habe, zurückgetreten sei, die von mir abgegebenen Erklärungen angezweifelt. Er habe dies nicht getan, als er nicht nur Intimität zu amtlicher Information zwischen mir und den Ministern schuf. Lloyd George fragte, ob es nicht Maurice's Sache sei, wenn er die Angelegenheit für so wichtig gehalten habe, daß er die Dienstvorschriften brechen mühte, wenn er Robinstone oder den angewidigten Ministern zu gehen und auf die Dienstvorschriften zu machen und um Richtigstellung zu ersuchen.

Davon ist aber nicht im geringsten die Rede gewesen, bis er, Lloyd George, den Brief in der Zeitung gefunden habe. Ich erklärte dies für unanständig! tief Lloyd George unter lautem Beifall aus. Maurice hat auch seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Staatssekretär und Lloyd George, schriftlich vor, die volle Informationsquelle, aus der er und Donat Louis ihre Angaben geholt hätten, mitzuteilen, und forderte das Haus auf, sein Urteil abzugeben, und zwar heute noch. (Beifall!) Sie beide

würden, von einem unparteiischen Gerichtshof geprüft

würden. Diesem Gerichtshof würde eine Menge von wirklich vertraulichem Information übertragen, die ohnehin keinen Zweck an der Welt haben.

Die Weisheitigkeit der einzigen Richter sei fest.

In erster Stelle steht die Erklärung Maurice's über die militärische Kraft des britischen Heeres am 1. Januar 1918 zum Vergleich des Januar 1917. Er, Lloyd George, hat gesagt, daß die